

Schluss mit dem Mobbing von US-Studenten, die Gerechtigkeit für Palästina fordern

Von Jeffrey D. Sachs & Sybil Fares

Aufgrund der Einschüchterung der amerikanischen Universitäten und ihrer Studenten durch den Kongress und die Geldgeber droht, eine wichtige Säule der amerikanischen Demokratie wegzubrechen: die politische Meinungsfreiheit. Der Krieg in Gaza hat die Spannungen in den USA und in der ganzen Welt verschärft. Doch anstatt die öffentliche Diskussion, das historische Verständnis und die Bestrebungen nach Frieden zu fördern, zielen Politiker und Geldgeber darauf ab, die öffentliche Opposition gegen die Politik der israelischen Regierung zu unterdrücken.

Jüngstes Mobbing-Opfer ist die Universität von Pennsylvania, deren Präsidentin und Vorsitzende des Kuratoriums nach Angriffen der republikanischen Abgeordneten Elise Stefanik (R-N.Y.) zum Rücktritt veranlasst wurden. Stefanik verdrehte bei ihren verbalen Angriffen auf drei Universitätspräsidentinnen grundlegende Begriffe grob. Ihre geschmacklosen Manipulationen und der Druck von Wall-Street-Geldgebern, angeführt vom CEO einer privaten Beteiligungsgesellschaft, haben eine Spitzenuniversität in die Knie gezwungen.

Während die Harvard-Kuratoren die Präsidentin von Harvard unterstützten, gehen die Angriffe auf die Universitäten weiter. Der Geldgeber der UPenn hat der Universität nun eine Liste mit äußerst aufdringlichen Fragen zur Einstellung und Zulassung von Studenten, Kursauswahl und anderen Themen, die für die akademische Freiheit und die Hochschulleitung von zentraler Bedeutung sind, zugesandt. Der Exekutivdirektor des Pennsylvania Verbandes der American Association of University Professors schrieb: „Heute versuchen nicht-gewählte Kuratoren ohne akademischen Sachverstand offensichtlich eine feindliche Übernahme der akademischen Kernfunktionen der Universität von Pennsylvania – Aufgaben im Zusammenhang mit dem Lehrplan, der Forschung und der Einstellung und Bewertung von Lehrkräften.“

Bei ihren Angriffen auf die UPenn-Präsidentin behauptete Stefanik unbegründet, dass die Universitäten nicht gegen Studenten vorgehen, die zum Völkermord an den Juden aufrufen. Dieser Vorwurf ist falsch. Bei den Studentenprotesten wird nicht zum Völkermord aufgerufen, sondern für die politischen Rechte der Palästinenser plädiert. AP hat falsche Behauptungen in den sozialen Medien entlarvt, wonach pro-palästinensische Demonstranten zum Völkermord an den Juden aufrufen würden. Im Gegenteil, die Demonstranten beschuldigten Israel des Völkermordes im Gazastreifen, ein Vorwurf, der vom Center for Constitutional Rights unterstützt wird. (Es mag Fälle geben, in denen Einzelpersonen zum Völkermord aufrufen, aber niemand hat bisher auch nur einen einzigen Fall dokumentiert, wo dies auf die Campus-Proteste zutreffen würde, geschweige denn, dass es sich um ein weit verbreitetes Muster handle.)

Bei der Anhörung von drei Universitätspräsidentinnen vor dem Bildungs- und Arbeitsausschuss des Repräsentantenhauses hat Stefanik die Bedeutung von Begriffen grob verdreht, um ihr Scheinargument durchzusetzen. Als sie Präsidentin Claudine Gay von Harvard befragte, erkundigte sie sich:

„Werden Zulassungsangebote zurückgezogen oder irgendwelche disziplinarischen Maßnahmen gegen Studenten oder Bewerber ergriffen, die ‚*from the river to the sea*‘ (vom Fluss bis zum Meer) oder ‚*Intifada*‘ ausrufen und damit die Ermordung von Juden befürworten?“

Stefaniks Vorwurf, dass diese Ausdrücke „Zustimmung zum Mord an Juden“ bedeuten, ist unbegründet. Bei den beiden Begriffen geht es um Politik, nicht um Mord.

Wie selbst Stefanik wahrscheinlich weiß, geht es bei der Formulierung „from the river to the sea“ um die Frage, wer das Gebiet vom Jordan bis zum Mittelmeer regiert. Der Ausdruck und eng verwandte Phrasen werden von Israelis verwendet, die den Staat Palästina ablehnen, und von Palästinensern, die den Staat Israel ablehnen.

Im Manifest der rechtsgerichteten israelischen Likud-Partei, also der Partei von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, von 1977 heißt es: "Between the sea and the Jordan there will be only Israeli sovereignty" (Zwischen dem Meer und dem Jordan wird es nur die Souveränität Israels geben). Im Jahr 2014 erklärte Israels Landwirtschaftsminister: "Zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer wird es nur einen Staat geben, und das ist Israel." Israels selbsternannter faschistischer Finanzminister Bezalel Smotrich hielt kürzlich eine Rede und zeigte eine Karte, die Groß-Israel mit dem Westjordanland, dem Gazastreifen und Teilen von Syrien und Jordanien darstellt, das heißt, Groß-Israel vom Fluss bis zum Meer.

Demnach berufen sich sowohl Israelis als auch Palästinenser auf dieses Konzept. An sich ist es ein politisches Konzept, kein Aufruf zum Mord, sondern ein Anspruch auf politische Souveränität. In einem bestimmten Kontext oder von bestimmten Sprechern könnte es eine mörderische Absicht annehmen, zum Beispiel wenn ein israelischer Rechtsausleger den

Ausdruck speziell zur Rechtfertigung der Massenvernichtung und Entvölkerung des Gazastreifens verwendet. In ihrer Aussage sprachen die drei Universitätspräsidentinnen über den Kontext der Sprache, welcher umso wichtiger ist, da die eigentliche Prämisse der Befragung – dass die protestierenden Studenten zum Völkermord an den Juden aufrufen – falsch ist. Die Aussage, dass der Kontext eine Rolle spiele, ist jedoch viel zu subtil für Personen wie Stefanik, welche die Formulierungen für Mobbing und Schikane nutzen, nicht für Fakten oder einen ehrlichen Dialog.

Da der Kontext stets von Bedeutung ist, ist dies der wahre Hintergrund der Proteste auf dem Campus. Die Studenten protestieren gegen einen politischen Status Quo, in dem Israel bereits mehr als 17.700 Menschen aus dem Gazastreifen, darunter 70 Prozent Frauen und Kinder, mit von den USA gelieferter Munition getötet hat, Häuser, Krankenhäuser und Schulen zerstört und fast zwei Millionen Menschen aus dem Gazastreifen vertrieben hat und der gesamten Bevölkerung Nahrung, sauberes Wasser, medizinische Versorgung und andere lebenswichtige Güter vorenthalten hat. Die Studenten protestieren gegen einen politischen Status Quo, in dem Israel bereits vom Fluss bis zum Meer regiert und sich in der Forderung nach einem Groß-Israel auf eben dieses Konzept beruft. Die Studenten lehnen die wiederholten Verstöße Israels gegen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates ab, einschließlich der Resolution, in der die israelischen Siedlungen im Westjordanland als „flagrante Verletzung“ des Völkerrechts erklärt werden, die „keine rechtliche Gültigkeit“ haben. Auch hier kann es natürlich Einzelfälle von Hassreden geben, aber bei den Protesten auf dem Campus geht es um Politik.

Mit dem Aufruf zur Intifada fordern die Studenten einen politischen Wandel, kein Morden. Das Wort Intifada (arabisch: انتفاضة) bedeutet „Widerstand“. Es leitet sich vom Wortstamm nafed (arabisch: نفض) ab, was übersetzt so viel wie „abschütteln“ bedeutet – mit anderen Worten, Unterdrückung abschütteln. Der Aufruf zur Intifada ist seit Jahrzehnten ein Aufruf zur palästinensischen Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und ist voll und ganz mit einer Ein-Staat- oder Zweistaatenlösung vereinbar.

Thomas Jefferson plädierte in der Unabhängigkeitserklärung für eine amerikanische Intifada, d.h. für die Ablösung von der britischen Herrschaft. Wenn die Palästinenser ein Ende der israelischen Besetzung Palästinas fordern, folgen sie damit Jefferson's Beispiel:

„Regierungen werden unter jenen Menschen eingesetzt, welche ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten. Wann immer eine Regierungsform diesen Zwecken abträglich wird, ist es das Recht des Volkes, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, die sich auf solche Grundsätze beruft und ihre Befugnisse in einer solchen Form organisiert, wie es ihnen am geeignetsten erscheint, um ihre Sicherheit und ihr Glück zu gewährleisten.“

Während Stefanik versucht, freie Meinungsäußerung und politischen Protest zu unterdrücken, verstärken arabische und islamische Führer ihre langjährigen Forderungen nach Frieden auf

der Grundlage der Zweistaatenlösung. Israel sollte sich mit den arabischen und islamischen Ländern, dem UN-Sicherheitsrat und der Palästinensischen Autonomiebehörde auf eine Zweistaatenlösung einigen. In einem solchen Friedensabkommen würden Truppen, unter anderem aus den arabischen Staaten, vom UN-Sicherheitsrat entsandt, um den Frieden in Gaza zu sichern und gewalttätige Milizen zu demobilisieren. Palästina würde das 194. ständige Mitglied der Vereinten Nationen werden, wie es vor einem Dutzend von Jahren beantragt hatte, bevor der Antrag von der Obama-Regierung blockiert wurde.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Studenten, die sich für Palästina einsetzen, gegen die politische Ungerechtigkeit und Unrechtmäßigkeit des Status Quo protestieren. Sie haben das Recht, ihre Stimme zu erheben und wir sollten dieses Recht mit Nachdruck verteidigen. Der Kongress sollte mit der Einschüchterung unserer Studenten aufhören und seine dringendste Aufgabe erfüllen: das Massentöten in Gaza zu beenden und einen Weg zum Frieden zu ebnen.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism Munich e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
